

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Einzelnummern 10 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 125 — 91. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postkod.: Dresden 2640      Dienstag, den 31. Mai 1932

## Nach dem Rücktritt der Reichsregierung

### Brünings Sturz.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichspräsident und Reichskanzler. Die Politiker, die prophezeiten, daß diese Woche eine Woche großer politischer Entscheidungen sein würde, haben recht behalten. Reichskanzler Dr. Brüning hat am Wochenende mit dem Gesamtkabinet dem Reichspräsidenten den Rücktritt angeboten, der von Hindenburg auch sofort angenommen wurde. Der Reichspräsident hat das derzeitige Kabinett gelassen, die Geschäfte bis auf weiteres fortzuführen. Er wird zunächst versuchen, auf dem üblichen parlamentarischen Wege die Neubildung der Regierung vorzunehmen. Er hat zuerst den Reichstagspräsidenten Lobe, dann anschließend die Fraktionsführer der verschiedenen Parteien in der Reihenfolge ihrer Fraktionsstärke empfangen. Reichskanzler Dr. Brüning hat gebeten, ihm möglichst bald einen längeren Urlaub zu bewilligen, da er in die Erörterungen um die künftige Kabinettsbildung nicht hineingezogen werden möchte. Ob es dem Reichspräsidenten von Hindenburg gelingen wird, auf parlamentarischer Grundlage eine neue Reichsregierung bilden zu lassen, wird in politischen Kreisen allerdings hart bezweifelt. Sollte die neue Reichsregierung nicht auf parlamentarischer Grundlage zustande kommen, so wird der Reichspräsident an die Spitze der neuen Reichsregierung einen Mann berufen, der sein persönliches besonderes Vertrauen genießt. In diesem Zusammenhange wird der Name des Herrn v. Gahl genannt, der der Vertreter Ostpreußens im Reichsrat ist, ferner Herr v. Brandes, der im Präsidium des Reichslandbundes sitzt, weiter Landrat a. D. v. d. Osten, der Reichskommissar Dr. Goerdeler, der ehemalige Reichswehrminister Dr. Gehler. Weiter auch Landrat Dr. Gerecke, der an der Spitze des Hindenburg-Ausschusses bei der letzten Reichspräsidentenwahl stand.

### Wie es zum Sturz kam.

Dem Rücktritt der Reichsregierung gingen zwei Unterredungen voraus, die Reichskanzler Dr. Brüning am Sonntag und Montag mit dem Reichspräsidenten hatte. Es war schon aufgefallen, daß der Empfang Dr. Brünings durch den Reichspräsidenten am Sonntag nur sehr kurz bemessen war. Schon bei diesem Empfang dürften die starken Meinungsverschiedenheiten, die zwischen dem Reichskanzler und dem Reichspräsidenten über die künftige Führung der Politik bestehen, zutage getreten sein. Dr. Brüning hat dann, bevor er am Montag zum Reichspräsidenten ging, nochmals das Reichskabinett zusammenberufen, um seine Ministerkollegen über die Auffassung des Reichspräsidenten zu unterrichten, wie sie sich aus der Unterredung des vorhergehenden Tages ergeben hatten. Ein großer Teil der Kabinettsmitglieder soll sich dabei mit dem Kanzler solidarisch erklärt haben. Da auch beim zweiten Empfang keine Einigung zwischen Reichspräsident und Reichskanzler zu erzielen war, hat dieser dann dem Reichspräsidenten die Demission des Kabinetts angeboten, die auch sofort angenommen worden ist. Natürlich werden in politischen Kreisen zahlreiche Gerüchte und Nachrichten verbreitet, die Einzelheiten über die Meinungsverschiedenheiten zwischen Hindenburg und Brüning wiedergeben. Es wird u. a. behauptet, daß Reichskanzler Dr. Brüning in Reudersdorf mehrfach hat anfragen lassen, ob er nicht zur Vereinfachung über die geplanten Notverordnungen und über die geplanten Veränderungen im Kabinett nach Ostpreußen kommen sollte, und daß diese Anfragen stets in voreingenommenem Sinne beantwortet worden sind. Wie es weiter heißt, soll Reichspräsident v. Hindenburg an Dr. Brüning drei Forderungen gestellt haben, von deren Erfüllung er das Weiterverbleiben Brünings im Amte abhängig machen wollte. Der Wille des Reichspräsidenten soll dahin gegangen sein: 1. daß die Regierung Brüning auf die vorbereiteten neuen Notverordnungen verzichte; 2. daß der Kanzler im Kabinett keine personellen Veränderungen vornehme; 3. daß eine Kurdeckung nach rechts vorgenommen werde. Dr. Brüning glaubte nicht, diesen Forderungen nachgeben zu können. Worauf es ihm ankam, war, seine neuen

geplanten Notverordnungen durchzuführen und ferner die Gewähr dafür zu erhalten, daß er auch nach der Konferenz von Lausanne im Amte bleiben würde, und schließlich eine besondere Vertrauensumgebung durch den Reichspräsidenten zu erhalten, die er besonders für die Konferenz von Lausanne für notwendig

hielt. Brüning wollte also, um seine Wünsche auf einen kurzen Renner zu bringen, vom Reichspräsidenten einen Wechsel auf lange Sicht für seine Politik unterschrieben haben. Dazu glaubte Reichspräsident v. Hindenburg nicht in der Lage zu sein. Wie es heißt, wird die von der Regierung Brüning vorbereitete Notverordnung, die zur Deckung des Staats und zur weiteren Sicherung der Arbeitslosenhilfe dienen sollte, von dem jetzigen geschäftsführenden Kabinett dem Reichspräsidenten nicht mehr unterbreitet werden, zumal sich ja gerade über ihren Inhalt die Differenzen entsponnen haben, die in erster Linie den Anlaß zum Rücktritt des Kabinetts boten.



Das zurückgetretene Kabinett Brüning.

Oben, von links: Reichsinnen- und provisorischer Reichswehrminister Groener — Dietrich (Finanzminister) — Dr. Brüning (Reichskanzler und Außenminister) — Dr. Joel (Justizminister) — Dr. Stegerwald (Arbeitsminister) — unten, von links: Schiele (Minister für Ernährung und Land-

wirtschaft) — Staatssekretär Trendelenburg (beauftragt mit der Leitung des Wirtschaftsministeriums) — Trendelenburg (Verkehrsminister) — Dr. Schökel (Reichspostminister) — Schlange-Schönungen (Minister ohne Portfeuille, Reichskommissar für Osthilfe und Siedlungswesen).

## Was die Presse sagt.

Die politische Öffentlichkeit ist bemüht, die Hintergründe aufzudecken, die zu dem Rücktritt der Reichsregierung geführt haben. Naturgemäß legen sich auch alle politisch interessierten Kreise die Frage vor, was jetzt nach dem Sturz Brünings kommen wird. Der sozialdemokratische Vorwärts, der die Politik des Kabinetts Brüning im wesentlichen eine Politik der Aushilfen nennt, meint, daß der Weg, der jetzt betreten werde, in Zukunft hineinführe, die mit der Verfassung kaum noch zu bedenken seien. Das demokratische Berliner Tageblatt betont, daß nach dem Rücktritt der Reichsregierung offen ausgesprochen werden müsse, daß nunmehr das „System“ gestürzt sei. Das, was jetzt beginne, sei in immer ein Experiment mit ungewissem Ausgang. Welche Lösung man auch wählen werde, Brünings Rücktritt wäre eine sichtbare Zäsur in der deutschen Politik. Die der Staatspartei nahestehende Volkische Zeitung ist der Meinung, daß bei der Trennung des Reichspräsidenten von seinem Kanzler entscheidend die Frage der Osthilfe mitgesprochen habe. Der interessierte Großgrundbesitzer habe seine politischen Gefolgsleute noch einmal gesammelt, um die im Entwurf fertigegeordnete „Notverordnung des Reichspräsidenten über die Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung“ zu einer prinzipiellen Entscheidung über die zukünftige Agrarpolitik zu machen. Gleichzeitig werde der Kampf geführt gegen einen angeblich „sozialistischen Anschlag“ des Reichsarbeitsministeriums, das die nicht mehr sanierungsfähigen Großbetriebe des Ostens der Siedlung zuführen wolle. Brüning sei nicht nur darum gefallen, weil er nicht der Kanzler einer nationalsozialistisch stark besetzten Regierung sein wolle, sondern er sei eher den ostelbischen Großgrundbesitzern zum Opfer gefallen, denen kein Pöhl hoch genug und keine Subvention aus dem Osthilfensonds ausreichend genug gewesen sei. Die rechtsstehende Deutsche Allgemeine Zeitung, die sich in letzter Zeit mit besonderer Wärme für eine Beteiligung der Nationalsozialisten an der Reichsregierung und in Preußen eingesetzt hat, vertritt die Ansicht, daß

der Rücktritt Dr. Brünings erfolgt sei, weil seit dem politisch unglaublich kurzfristigen Verbot der SA-Abteilungen eine Spannung zwischen Regierung und Reichspräsidenten bestand, die gelöst werden mußte. Aber die neue Notverordnung, die das Kabinett vorgelegt habe, stellten sich grundlegende Meinungsverschiedenheiten ein; die Wünsche des Reichspräsidenten hinsichtlich der Kabinettsumbildung gingen weiter, als Dr. Brüning sie zu erfüllen geneigt war. Der Nachfolger, wer er immer sein mag, übernehme eine schwere Last. Das Blatt meint, daß die Rückkehr Dr. Brünings in die Verantwortung in dieser oder jener Form nur eine Frage der Zeit sei. Die Ausnutzung des Kapitals an Vertrauen, das er im Ausland erworben habe, sei eine politische Notwendigkeit für Volk und Land. — Der bürgerliche Berliner Sozial-Anzeiger erwartet, daß insbesondere der Führer der Deutschen Nationalen und der Führer der Nationalsozialisten den Reichspräsidenten über die wirkliche Lage völlig aufklären werden und daß damit die Aussichten für die Möglichkeit einer „Zwischenlösung“ erschüttert würden. Das Blatt weist weiter darauf hin, daß ein Reichskanzler, der etwa seine Tätigkeit mit der Auflösung des Reichstages beginnen möchte, in Lausanne, falls es überhaupt zur Konferenz am 6. Juni kommen sollte, nicht über die für die dortigen Ausgaben notwendige Autorität verfügen würde. Das Zentrumswort, die Germania, ist auffallend zurückhaltend. Es weist nur kurz darauf hin, daß der Rücktritt des Kabinetts Brüning eine grundlegende politische Entscheidung von größter Tragweite für die weitere Entwicklung der deutschen Politik bringe und geeignet sei, im In- und Auslande größtes Aufsehen zu erregen. Die agrarisch eingestellte Deutsche Tageszeitung hofft, daß nach dem Rücktritt der Reichsregierung Millionen von Menschen in Deutschland, vor allen Dingen die Kreise der Landwirtschaft mit neuer Hoffnung erfüllt werden. „Wir können“, so schreibt das Blatt wörtlich, „nicht nachdrücklich genug wünschen, daß diesen Hoffnungen Verwirklichung beschieden sei, denn hinter ihnen stehen drängendste Forderungen ideeller und materieller Art, Notwendigkeiten ebensowohl des nationalen Bestehens wie der wirtschaftlichen Existenz.“